FS-03

Zukunft der Bundeswehr

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	KV Warendorf
Beschlussdatum:	25.08.2022
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Bündnis 90/Die Grünen hält es aufgrund der unsicheren Lage in Europa für notwendig, die Bundeswehr so zu ertüchtigen, dass sie ihren Verfassungsauftrag der Landesverteidigung und ihren Bündnisverpflichtungen der NATO gegenüber uneingeschränkt nachkommen kann.

Wir nehmen dabei den Verfassungsauftrag wörtlich und setzen uns dafür ein, dass die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee verstanden und entsprechend ausgerüstet und ausgebildet wird. Wir werden die friedenspolitische Grundausrichtung unserer Partei erhalten. Pazifistisches Gedankengut ist nicht abhängig von einer friedfertigen internationalen Lage, sondern entfaltet seine Kraft und Wirkung explizit in Krisensituationen. Wir werden ebenso darauf hinwirken, dass Deutschland seine Verantwortung durch die Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Zeit und den daraus entstandenen Grauen des 2. Weltkrieges weiterhin wahrnimmt und den deutschen Sonderweg nicht verlässt, sondern weiterentwickelt und zur Blüte bringt. Kern dieses Sonderweges ist fast 80 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr die Schuldfrage, sondern der Erkenntnisgewinn aus der zwar nach wie vor unvollständigen, gleichwohl aber auch einzigartigen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels. Das Wissen um die Bedeutung der universellen Menschenrechte ist dadurch in großen Teilen unserer Bevölkerung fest verankert. Wir sollten dieses Wissen nicht weiter als Last betrachten, sondern als Schatz, der erhalten werden und gerade in schwierigen Situationen konsequent mit dem Ziel der internationalen Befriedung angewendet werden muss.

Auch und gerade wenn wir feststellen müssen, dass eine militärische Bedrohung unseres Staatsgebietes oder anderer verbündeter Staaten durch dynamische Entwicklungen nicht mehr völlig ausgeschlossen werden kann, sind wir entschlossen, nicht die Fehler zu wiederholen, die Europa über Jahrhunderte hinweg immer wieder in verheerende Kriege gestürzt haben. Das hat zwei wichtige Konsequenzen:

Zur Vermeidung von Rüstungsspiralen muss die Bundeswehr mit dem deutlichen und sichtbaren

Schwerpunkt auf Defensivwaffen ausgerüstet werden, so dass sie von anderen Mächten nicht als
Bedrohung wahrgenommen wird und entsprechend auch keinen Grund für weitere Aufrüstungen

darstellt. Dem Prinzip der Abschreckung folgen wir nicht. Waffensysteme sollen so ausgelegt sein, dass sie alles bekämpfen können, was eine unmittelbare Gefahr darstellt. Eine nukleare Teilhabe lehnen wir ab.

Der mit militärischen Auseinandersetzungen einhergehenden Entmenschlichung von Angehörigen

gegnerischer Armeen muss entgegengewirkt werden. Gegnerische Soldatinnen und Soldaten müssen
nach Möglichkeit geschont werden. Auch ein Verteidigungskampf kann nicht ohne Opfer auf der gegnerischen Seite geführt werden. Aber vorrangiges Ziel der Kampfhandlungen müssen die Angriffswaffen und nicht die Soldatinnen und Soldaten sein.

Die Aussage muss lauten, dass wir alles bekämpfen, was uns und unsere Verbündeten angreift, dass wir aber keinen Vernichtungskrieg gegen Staaten und Armeen, gegen nur potenzielle Gefahrenquellen und schon gar nicht gegen die Menschen führen. Diese Aussage muss kommuniziert werden, nach Möglichkeit auch bis in das gegnerische Lager.

In der konkreten Planung müssen Expertinnen und Experten entscheiden, wie weit diese Grundsätze unter der Prämisse der Verteidigungsfähigkeit umgesetzt werden können, sie sollen aber bei jedem Schritt Grundlage der Überlegungen sein.

Wir gehen davon aus, dass die Ausrichtung der Bundeswehr als Verteidigungskraft nicht nur politisch klüger, sondern auch kostengünstiger und stabiler ist als der herkömmliche und auch auf Angriff ausgerichtete Aufbau.

Wir entwickeln den Deutschen Sonderweg weiter und etablieren dafür die Bezeichnung „Wehrhafter Pazifismus“.

Begründung

Friedenspolitik ist einer der Ursprünge und muss ein Kern unserer Partei bleiben. Wie auch in vielen anderen Bereichen müssen wir die Chance ergreifen, in der Krise aus unseren Grundlagen wirkliche und wirksame Veränderungen zu erreichen. Mit einem Schwenk um 180° aus Angst vor der eigenen Courage führen wir uns selbst ad Absurdum und erreichen am Ende genau nichts.

Genauso wichtig ist, dass unsere Partei sich mit der Frage der Bundeswehr befasst und sich dazu eine eigene Position erarbeitet. Alles andere würde ein ziemlich schwaches Bild abgeben. Dieser Antrag dient auch dazu, das Thema in die Bundesdelegiertenkonferenz zu tragen.